

Klaus Kinkel: Rede anlässlich seiner Wahl zum FDP-Vorsitzenden in Münster am 12. Juni 1993

(...)

Liebe Parteifreunde,

wir stehen inmitten einer der größten Bewährungsproben unserer Geschichte: Die Wiedervereinigung im Innern, der Erhalt unseres Rangs als führende Industrienation und der von der Völkergemeinschaft erwartete Schritt in größere weltpolitische Mitverantwortung – das zusammen verlangt viel, ist aber zu schaffen.

Das heißt:

1. Wir brauchen eine Rückbesinnung auf Freiheit, Marktwirtschaft und Leistung! Leistung muß sich wieder lohnen. Wir müssen vom Verteilen zurück zur Eigenverantwortung, vom verstaatlichten Bürger wieder zurück zur Eigenverantwortung, vom Anspruchdenken zurück zum Leistungsbewußtsein, sonst bekommen wir eine Arbeitslosigkeit, die unsere Demokratie nicht mehr verkraften kann. Bereits jetzt gibt es in der EG 20 Millionen Arbeitslose. Diese Frage wird neben der Zuwanderung europaweit zum Kardinalproblem des kommenden Jahrzehnts werden.

Hier liegt die eigentliche große Chance, aber auch die Bewährungsprobe für Liberale: Wir müssen das Steuer herumreißen. Die F.D.P. war, ist und bleibt Wirtschaftspartei! Unser Land leidet nicht an einem Mangel an Arbeit, wir leiden am Mangel an bezahlbarer Arbeit. Was viele gerade in den Gewerkschaften nicht begreifen: Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs liegt "Hongkong" bildlich gesprochen 80 km östlich von Berlin – das ist die neue Lage! Ein Stundenlohn in Dresden ist in Breslau ein Tageslohn. Wettbewerbsfähige, langfristig sichere Arbeitsplätze schaffen wir nur durch maßvolle Lohnpolitik, Reform der Unternehmensbesteuerung, flexiblere Arbeitszeiten – insbesondere längere Maschinenlaufzeiten –, Deregulierung, Abbau wettbewerbshindernder Subventionen und Privatisierung, Stärkung insbesondere des Mittelstands, dem Rückgrat unserer Wirtschaft. Investitionskapital ist ein scheues Reh. Wir haben für seinen Geschmack derzeit viel zu viel Staat und viel zu viel Bürokratie. Das zu ändern, wird gerade in den Neuen Ländern zu einer Überlebensfrage.

2. Wir sagen nein zur sozialen Hängematte – aber ja zum sozialen Netz!

Erst müssen die Körbe gefüllt sein, bevor verteilt werden kann. Liberalismus verlangt nicht bloß: Feld frei für die Starken und Kräftigen! Liberalismus heißt auch Freiheit vor Not und Unrecht, Sinn für Geborgenheit, Mitverantwortung, Mitempfinden für die Schwachen in unserer Gesellschaft, die Alten, die Kinder. In Würde altern zu können, ist ein besonders hohes Gut. Deshalb unser "Ja" zur Pflegeversicherung, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Arbeitsplätze nicht zusätzlich verteuert werden. Viele von uns, ich eingeschlossen, sind mit dem gefundenen Kompromiß nicht glücklich. Unser Konzept war besser. Aber wir haben das Beste daraus gemacht. Nun soll Norbert Blüm seinen Gesetzesentwurf erst mal vorlegen.

Die bisherige Politik der Vollkaskoversicherung gegen alle Lebensrisiken ist nicht mehr finanzierbar. Wenn deutsche Arbeitnehmer die ersten 160 Tage im Jahr nur für Steuer und Sozialabgaben arbeiten, dann ist diese Politik auch nicht mehr sozial, sie ist eine Strafe für die Fleißigen. Größere Selbstverantwortung und Eigenvorsorge, weniger Sich-Krank-Schreiben-Lassen und weniger "Rausholen, was geht" – das ist notwendig. Die Nächstenliebe darf nicht voll verstaatlicht werden. Wir brauchen die Anpassung an die demographische Entwicklung, die Konzentrierung der Hilfe auf die wirklich Bedürftigen. Ich werde dem Bundesvorstand unmittelbar nach diesem Parteitag vorschlagen, zum Themenbereich "Umbau der sozialen Sicherungssysteme" eine Arbeitsgruppe einzusetzen, an der auch die Jungen Liberalen teilnehmen sollen. Sie haben mit ihren Vorschlägen einen wichtigen Stein ins Wasser geworfen, der Kreise ziehen wird.

3. Auch bei der inneren Vereinigung ist mehr Ehrlichkeit verlangt: Der Wiederaufbau im Osten wird viel mehr Geduld, Opferbereitschaft und Zeit brauchen, als wir uns alle beim Fall der Mauer vorstellen konnten. Die deutsche Frage hat einen Großteil meines Berufslebens geprägt. Die ganze Leidenschaft und Energie Hans-Dietrich Genschers für das Zusammenwachsen Deutschlands wird auch für mich Maßstab sein. Die F.D.P. wird auch in Zukunft "Partei der deutschen Einheit" sein.

Liebe Parteifreunde aus den neuen Ländern!

Ich wende mich besonders an Sie: Um Ihre Anliegen will ich mich kümmern. Über das Jahrhundertgeschenk der Wiedervereinigung sind wir allzu schnell wieder zur Tagesordnung zurückgekehrt. Ihr Beitrag zur Wiedervereinigung unseres Landes, unseres Volkes und unserer Partei ist unvergessen. Sie können stolz auf die Rolle sein, die Sie in unserer wiedervereinigten F.D.P. übernommen haben. Das gilt besonders für Sie, lieber Uwe Lühr. Sie haben viel dafür getan, daß das, "was zusammengehört auch zusammenwächst Dafür unseren herzlichen Dank!

4. Freiheit darf nicht Aufgabe von Recht und Sicherheit bedeuten. Wir sind und bleiben die Rechtspartei, den Rechten des Einzelnen besonders verpflichtet; wir wollen aber auch einen starken, wehrhaften Rechtsstaat, wenn es um den Schutz des Bürgers geht. Wenn sich Frauen und ältere Menschen in manchen Städten nicht mehr auf die "Straße trauen", wenn Ausländer und Asylbewerber vor rechtsextremen Gewalttätern um ihr Leben fürchten müssen, dann ist der wehrhafte Rechtsstaat herausgefordert, dann ist das nicht der Preis der Freiheit. Die Hemmschwelle für den Einsatz von Gewalt darf nicht weiter sinken. Ob Autonome, ob Verblendete zwischen Bier und Hakenkreuz: Den Gewalttätern muß das Handwerk gelegt werden.

Wir Liberale wollen den Schutz des Bürgers nicht weniger als die Rechten. Im Unterschied zur CDU/CSU ist für uns die Liebe zum Obrigkeitsstaat allerdings noch kein Ausweis für besondere Kompetenz bei der Verbrechensbekämpfung. Lösungen, die helfen, erreicht man nicht, indem man die Bürgerfreiheit mit dem Bade ausschüttet ...

Quelle: Archiv des Liberalismus, Gummersbach